

# Ihre Artikelauswahl als PDF



# Inhaltsverzeichnis



1. Protest in Stuttgart 2010 und 2020. Zwei Herausforderungen der Demokratie 3

# Protest in Stuttgart 2010 und 2020. Zwei Herausforderungen der Demokratie

Von Simon Teune

29.1.2021

ist politischer Soziologe mit dem Schwerpunkt Protest- und Bewegungsforschung und Vorsitzender des Vorstandes des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin. [teune@ztg.tu-berlin.de](mailto:teune@ztg.tu-berlin.de)

Im Abstand von zehn Jahren sind Proteste in Stuttgart zweimal zu einem bundesweiten Gesprächsthema geworden. Zweimal drehte sich die Diskussion darum, welche Rolle Proteste in der Demokratie spielen und wo die Grenzen legitimer Einmischung verlaufen. Im Herbst 2010 war es der heftige Widerspruch gegen das Infrastrukturprojekt "Stuttgart 21", der eine Diskussion darüber auslöste, in welchem Verhältnis Straßenproteste und durch demokratische Verfahren legitimierte Entscheidungen stünden. Ein Jahrzehnt später, im Sommer 2020, führte die Initiative "Querdenken 711" zu ähnlichen, aber etwas anders akzentuierten Debatten. Die Fragen lauteten hier: Was sind die Grundlagen und die Maßstäbe der Kritik an den Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-beziehungsweise der Corona-Pandemie? Ist es legitim, die Einschränkungen mit totalitären Systemen zu vergleichen und den Schulterschluss mit Demokratiefeinden zu suchen? Mit diesen beiden Protestserien stand Stuttgart in einem Jahrzehnt gleich zweimal für grundsätzliche Diskussionen über demokratische Verfahren und das Recht der Bürger\*innen auf Widerspruch. Beide Konflikte sind aber auch Wegmarken für größere Veränderungen in der deutschen Protestlandschaft.

## Zweierlei Herausforderungen?

Sowohl die Bündnisse gegen "Stuttgart 21" als auch die Initiative "Querdenken 711" haben durch eine Serie von Protesten bundesweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Beide Episoden zeigen auf den ersten Blick einige Ähnlichkeiten. Die Proteste gegen den Tiefbahnhof und gegen die Corona-Maßnahmen brachten viele Menschen auf die Straße, die nie zuvor in ihrem Leben bei einer Demonstration gewesen waren. In beiden Fällen verstanden sich die Protestierenden als die rationale Stimme des Volkes gegen eine abgehobene und Fakten verdrehende politische Elite. 2010 und 2020 wurde eine hoch emotionale, scharfe, personalisierende und in Teilen das Gegenüber herabsetzende Kritik laut, sowohl an den Regierenden als auch an den kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien. Beide Protestserien gingen darüber hinaus mit einer starken Polarisierung einher, in der es keine neutrale Position zu geben schien. Die Auseinandersetzungen wurden nicht nur auf der Straße und in den Kommentaren von Journalist\*innen und Social-Media-Nutzer\*innen, sondern auch im privaten Umfeld, in der Familie, im Verein und in der Nachbarschaft mit voller Härte geführt. Diese Tiefenwirkung dürfte auch eine Erklärung dafür sein, dass beide Episoden eine breitere gesellschaftliche Debatte auslösten. Trotz dieser Ähnlichkeiten weichen die Proteste aber auch deutlich voneinander ab – in ihrer Organisation, ihrer Entwicklung und in der Reichweite der Kritik.

## Stuttgart 21 – Verzweiflung am Verfahren

Als im Spätsommer 2010 bundesweite Medien die Auseinandersetzungen um das Bauprojekt in Stuttgart in den Blick nahmen, war der Konflikt bereits auf einem Höhepunkt angekommen.[1] Schon kurz nach Bekanntgabe der Pläne für einen Bahnhofsneubau und die Umnutzung des Gleisareals im Jahr 1994 schlossen sich umwelt- und verkehrspolitische Initiativen zusammen, um ihre Kritik an dem Projekt gemeinsam zu artikulieren. Ihr Widerspruch richtete sich gegen die immer weiter steigenden Kosten und die profitorientierte, invasive Umgestaltung der Stadt. Sie bezweifelten den verkehrspolitischen Sinn und die Leistungsfähigkeit des neuen Bahnhofs. Deshalb entwickelten die Projektgegner\*innen ein Alternativkonzept zur Erhaltung des Kopfbahnhofs und sammelten über 60.000 Unterschriften, um die Stadt mit einem Volksbegehren zum Ausstieg aus dem Projekt zu bewegen. Nachdem das Bürgerbegehren vom Gemeinderat abgelehnt und die Ablehnung durch das Verwaltungsgericht bestätigt wurde, verlagerte sich der Widerspruch stärker auf die Straße. Seit November 2009 fanden "Montagsdemonstrationen" gegen "Stuttgart 21" statt; bis heute ist die Protestserie nicht abgerissen. Mit dem Baubeginn im Spätsommer 2010 spitzte sich der Konflikt zu. Zahlreiche Straßenproteste mit wachsenden Teilnehmezahlen liefen parallel zu Aktionen zivilen Ungehorsams: Blockaden der Bauarbeiten und Besetzungen im alten Bahnhofsgebäude sowie auf von der Fällung bedrohten Bäumen. In dieser Situation gipfelten die Auseinandersetzungen am "schwarzen Donnerstag", dem 30. September 2010, in einer Konfrontation mit der Polizei mit zahlreichen Verletzten. Eine Schlichtung im Oktober und November des Jahres sowie eine landesweite Volksabstimmung zugunsten des Projektes im folgenden Jahr führten schließlich zu einer Demobilisierung der Protestbewegung.

Mit den Landtagswahlen im März 2011 verlor die Regierung aus CDU und FDP ihre Mehrheit, und eine Koalition von Bündnis 90/Die Grünen und SPD löste sie ab. In Stuttgart wurde mit Fritz Kuhn der erste Grüne zum Oberbürgermeister einer deutschen Landeshauptstadt gewählt. Die Hoffnung vieler Gegner\*innen von "Stuttgart 21", dass die Grünen, die an den Protesten beteiligt waren, in Bezug auf das Projekt eine grundsätzlich andere Politik verfolgen würden, bestätigte sich indes nicht.

Die Proteste gegen "Stuttgart 21" folgten dem klassischen Organisationsmuster sozialer Bewegungen: Bestehende Organisationen und Initiativen schlossen sich in einem Bündnis zusammen, um ein geteiltes, klar definiertes Ziel zu erreichen. Sie brachten dabei Ressourcen wie Geld, Material und Expertise ein und mobilisierten Mitglieder und Anhänger\*innen. Die Proteste brachten viele Menschen auf die Straße, die noch nie oder schon lange nicht mehr demonstriert hatten. Beobachter\*innen betonten besonders die Beteiligung konservativer Demonstrierender; als typische Protestierende wurde in der Medienberichterstattung die empörte "Dame mit der Perlenkette" zitiert.[2] Die Zusammensetzung der Protestierenden wich jedoch nur wenig von anderen großen Protesten ab: Der Großteil ordnete sich deutlich links von der Mitte ein.

Im Konfliktverlauf entwickelte sich die konkrete Kritik am Bahnprojekt zu einer konfrontativen und grundsätzlichen Kritik am Funktionieren des demokratischen Systems und an der Arbeit der politisch Verantwortlichen. Die Ablehnung des Volksbegehrens und der Baubeginn waren dabei Ereignisse, bei denen die Verzweiflung an den formalen demokratischen Verfahren greifbar wurde. Eine Befragung von Protestierenden nach dem "schwarzen Donnerstag" zeigte, wie stark sich der Konflikt zugespitzt hatte: Die Befragten äußerten zum einen eine starke Kritik am Funktionieren der Demokratie und zum anderen eine starke Zustimmung zu zivilem Ungehorsam als legitime Form der Auseinandersetzung.[3] Die Kritik war jedoch nicht nur auf die politischen Eliten gerichtet,

sondern auch auf die regionale Medienlandschaft, die sich frühzeitig für das Projekt "Stuttgart 21" positioniert hatte und in der Wahrnehmung der Projektgegner\*innen kritische Perspektiven ausblendete.

Die Proteste gegen "Stuttgart 21" forderten die Demokratie heraus, indem sie weitreichende Entscheidungen infrage stellten, die in demokratischen Verfahren zustande gekommen waren. Der Gemeinderat der Stadt, der Landtag und der Bundestag hatten dem Vorhaben mit Mehrheiten von Union, SPD und FDP zugestimmt. Die Protestierenden hatten dagegen das Ziel, das über Jahre geplante Megaprojekt mit einem Finanzvolumen von mehreren Milliarden Euro, in dem die Stadt und das Land vertraglich gebunden waren, zu verhindern. Die Projektgegner\*innen verstanden sich als Korrektiv, das mit gesundem Menschenverstand und Expertise auf Gefahren und Mängel von "Stuttgart 21" hinwies, die bei der Entscheidungsfindung nicht oder nur unzureichend berücksichtigt worden waren. Unter dem Motto "Oben bleiben!" sollte die Alternativlosigkeit der Entscheidungen infrage gestellt werden. Befürworter\*innen des Projektes verwiesen dagegen auf die demokratische Legitimation des Vorhabens und die Bindung an die unterzeichneten Verträge. Die Protestierenden zogen diese demokratischen Verfahren nicht in Zweifel. Sie verwiesen stattdessen darauf, dass auch auf demokratischem Wege falsche Entscheidungen gefällt werden können. So zeigte sich an "Stuttgart 21" das Dilemma, dass eine Demokratie auf engagierte und fachkundige Bürger\*innen baut, dass sich deren Engagement aber durchaus an formalen demokratischen Verfahren brechen kann. Die Projektgegner\*innen hatten alle Mittel der Einmischung genutzt, um Ihre Kritik vorzubringen, blieben am Ende aber mit der Wahrnehmung zurück, nicht gehört worden zu sein. Der Politikwissenschaftler Winfried Thaa sieht das zentrale Versäumnis der politischen Verantwortlichen darin, den Bahnhofsneubau "überhaupt als eine politische, also im Konflikt widerstreitender Prinzipien und Werte zu entscheidende Angelegenheit zu betrachten".[4] Während der Bahnhofsneubau von den Projektträgern vorangetrieben wurde, war der Fall "Stuttgart 21" für Projektplaner\*innen und Partizipationsgestalter\*innen zu einem Präzedenzfall für die Folgen fehlender Mitbestimmung und mangelhafter Projektkommunikation geworden.[5] Gleichzeitig wurden die Proteste gegen das Projekt in der öffentlichen Debatte als eine neue Stufe bürgerlichen Gestaltungswillens und Selbstbewusstseins gewertet.[6]

## "Querdenken 711" – Verteidigung oder Überwindung des Grundgesetzes?

Als im März 2020 das Corona-Virus auch Deutschland erreicht und die Weltgesundheitsorganisation die Situation zur Pandemie erklärt hatte, entwickelte sich bald eine Debatte über die Wirksamkeit und die Folgen von Maßnahmen zur Eindämmung der Neuinfektionen. Unter Bedingungen unsicheren Wissens über die Gefährlichkeit und die Verbreitung des neuen Virus mussten konkurrierende Grundrechte abgewogen werden. In der Folge schränkten die Landesregierungen die Versammlungsfreiheit, die freie Berufsausübung und andere Grundrechte zum Teil ein, um die Pandemie zu kontrollieren und das Recht auf körperliche Unversehrtheit zu gewährleisten. Der Widerspruch gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie begann nicht mit der Initiative "Querdenken 711" in Stuttgart. An vielen Orten gab es direkt nach deren Einführung Proteste von bestehenden Netzwerken und Organisationen, die sich – mit Abstand und Masken – unter anderem gegen eine autoritäre Corona-Politik, für die Unterstützung besonders betroffener Berufsgruppen und für den gleichberechtigten Schutz von Geflüchteten in Europa einsetzten.

"Querdenken 711" begann das Engagement mit einer Botschaft, die in wöchentlichen Protesten in Berlin seit Ende März Hunderte auf die Straße gebracht hatte. Die ersten Versammlungen auf dem Stuttgarter Schlossplatz meldete der Initiator Michael Ballweg

unter dem Motto "Mahnwache für das Grundgesetz" an. In der frühen Phase standen Forderungen nach der Priorisierung individueller Freiheiten gegenüber dem Infektionsschutz im Vordergrund. Problematisiert wurden vor allem die Vorschrift, in bestimmten Umgebungen einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, und die anfängliche Einschränkung politischer Versammlungen. Die Versammlungsverbote wurden zu Beginn der Pandemie noch ausgesprochen und polizeilich durchgesetzt, dann aber immer wieder durch Gerichte für unverhältnismäßig erklärt.

Bei den Protesten in Berlin wie auch in Stuttgart waren von Anfang an Akteure und Berichtersterter\*innen der extremen Rechten und Verschwörungsunternehmer\*innen Teil der Proteste, die die Pandemie zum Anlass nahmen, um auf Corona bezogene Verschwörungserzählungen und eine pauschale Regierungskritik in die Breite zu tragen. Youtube-Videos, in denen die vom Corona-Virus ausgehende Gefahr infrage gestellt und die staatlichen Maßnahmen sowie kommende Impfungen als Strategie der Kontrolle dargestellt wurden, hatten in den ersten Wochen der Pandemie zum Teil siebenstellige Zugriffszahlen. Sie bestärkten in Stuttgart und anderswo viele Menschen, sich den Protesten anzuschließen, unter ihnen ein großer Teil ohne Erfahrungen mit politischem Protest. Berichte von den Protesten und der anfänglich noch harten staatlichen Reaktion darauf brachten rechtsextremen und verschwörungsunternehmerischen Youtube-Kanälen zusätzliche Reichweite, und sie beförderten die Empörung über die Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Vor diesem Hintergrund verzeichnete die Initiative "Querdenken 711" in den ersten Wochen ihres Bestehens ein rasantes Wachstum. Von ein paar Dutzend Teilnehmenden bei der vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagten Mahnwache am 18. April 2020 wuchs deren Zahl – nach Angaben des Organisationsteams – auf 20.000 bei der Kundgebung auf dem Cannstatter Wasen am 9. Mai 2020. Während die Protestwelle in Stuttgart schon bald wieder abflaute (am 30. Mai versammelten sich nur noch 150 Menschen), verlagerten die Organisatoren ihren Schwerpunkt auf regionale und bundesweite Mobilisierungen in Mannheim, Berlin und Konstanz. Überall dort, wo "Querdenken"-Proteste stattfanden, waren Beobachter\*innen verwirrt von der Zusammensetzung der Teilnehmenden. Bekannte Rechtsextreme demonstrierten neben Hippies und Familien im Outdoor-Dress, Teilnehmende schwenkten auf der gleichen Veranstaltung die Reichsflagge und die Regenbogenfahne. Neben der ungewöhnlichen Mischung, die auch schon in Berlin zu beobachten gewesen war, verlieh die schiere Größe der Proteste in der Pandemie "Querdenken 711" größeren Nachrichtenwert. Die Proteste in Stuttgart und die Bezeichnung "Querdenken" standen nun in der öffentlichen Debatte stellvertretend für den Widerspruch gegen die staatlichen Maßnahmen. Initiativen an anderen Orten übernahmen die Botschaften und die Selbstbezeichnung mit der jeweiligen Ortsvorwahl. Mit den bundesweiten Protesten in Berlin am 1. und 29. August 2020 wuchs die Aufmerksamkeit für "Querdenken" abermals deutlich, insbesondere jenseits der linearen, professionellen Medien. Durch die bundesweiten Proteste verdoppelten sich die Google-Suchanfragen und die Zahl der Zugriffe auf den Telegram-Kanal von "Querdenken 711", während die Zahl der Medienberichte deutlich zurückging.[7]

Die Protestserie gegen die Corona-Maßnahmen wurde von Einzelpersonen ins Leben gerufen, die spontan auf die neue Situation reagierten. "Querdenken 711" in Stuttgart wie auch die "Kommunikationsstelle demokratischer Widerstand" in Berlin wurden als Blaupause genommen und an anderen Orten von neu entstandenen lokalen Gruppen organisiert, zum Teil aber auch von bestehenden Netzwerken. Insbesondere in Ostdeutschland machten sich erfahrene Rechtsextreme die Proteste zu eigen und fungierten als Anmelder\*innen. Die Teilnehmenden der Kundgebungen wurden nicht durch bestehende Organisationen mobilisiert, sondern vorwiegend durch persönliche Netzwerke und über soziale Medien. Dadurch, dass die Protestbotschaft offen und mit einem positiven

Bezug auf die Grundrechte formuliert war, fühlten sich sehr unterschiedliche Gruppen angesprochen und beteiligten sich an den Protesten: Einzelpersonen, die sich in ihrem Leben eingeschränkt fühlten, aber auch bereits bestehende Milieus wie anthroposophische und evangelikale Impfgegner\*innen, die eine Impfung als schwerwiegenden Eingriff in einen zur Selbstheilung fähigen Körper sahen, oder Rechtsextreme, die hinter der Pandemie einen Plan zur Ausweitung der Macht liberaler Eliten vermuteten.

Zunächst hatte bei den Protesten von "Querdenken 711" der Bezug auf die ersten zwanzig (Grundrechts-)Artikel des Grundgesetzes dominiert. Neben der eher diffusen Klage über Grundrechtseinschränkungen wurden bald "Maskenzwang" und "Impfpflicht" zu zentralen Deutungsmustern, die unterschiedliche Milieus zusammenbrachten. Sie verdichteten das diffuse Unwohlsein zu einem Angriff durch eine böswillig handelnde Regierung. Die Maske wurde in dieser Deutung gleichgesetzt mit der Unterwerfung unter ein System der Unfreiheit. Sie nicht zu tragen, wurde zum Akt des Widerstandes überhöht. Bei der Berliner "Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand", deren Zeitung auch in Stuttgart verteilt wurde, war der Aufruf zur Verteidigung des Grundgesetzes von Beginn an mit der konspirativen Erzählung von einer "Corona-Diktatur" verbunden.[8] Bestärkt fühlten sich die Demonstrierenden durch eine Berichterstattung, die in ihren Augen Kritik an den Corona-Maßnahmen keinen Raum geben und den Protest verunglimpfen würde.[9] Diese Deutungsangebote fügten sich zu einem seit den ersten Kundgebungen präsenten sekundären Antisemitismus und zu revisionistischen Vergleichen, mit denen sich Teilnehmende wahlweise mit den systematisch verfolgten und ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden gleichsetzten oder mit dem Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Die Wahrnehmung von Regierung und Medien als feindliches Gegenüber führte zu einer Schließung und zum Schulterschluss mit allen, die die Kritik an den Maßnahmen teilten. Hinweise auf die unwidersprochene Verbreitung von Verschwörungserzählungen wie auch auf die Anwesenheit der extremen Rechten wurden von den Protestierenden als Versuch gedeutet, sie mundtot zu machen.

Die extreme Rechte war von Beginn an bei den Protesten präsent, ohne Vorkenntnisse aber häufig nicht zu identifizieren. Spätestens seit der ersten bundesweiten Demonstration von "Querdenken 711" in Berlin am 1. August 2020, zu dem das gesamte rechtsextreme Spektrum geschlossen aufgerufen hatte, war nicht zu übersehen, dass dieses die Proteste als Forum nutzte, um neue Kontakte zu knüpfen und die eigenen Deutungen mehrheitsfähig zu machen. Die fehlende Abgrenzung zeigte sich nicht nur in der Verharmlosung von Reichskriegsflaggen als bloße Symbole des Widerstands, sondern auch in der Verbreitung von Reichsbürgernarrativen. So zeigte der mit der Pandemie unverbundene Ruf nach einem Friedensvertrag auf den Demonstrationen in Berlin, dass die in rechtsextremen Kreisen verbreitete Erzählung eines nicht-souveränen Deutschlands große Resonanz fand. Der gleichen Argumentation folgte der Pressesprecher von "Querdenken 711", als er das Grundgesetz als "Besatzungsrecht" bezeichnete. Damit trat neben den positiven Bezug auf das Grundgesetz die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung, die das Grundgesetz ersetzen sollte. In seiner Rede zu den Teilnehmenden am 1. August erklärte Michael Ballweg die Demonstration kurzerhand zu ebendieser verfassungsgebenden Versammlung. Auch Verschwörungserzählungen fanden sich nicht nur in der Menge, auf Protestschildern und -zeichen, sondern sie wurden von Redner\*innen und Musiker\*innen auch von der Bühne verbreitet. Unter anderem zitierte Michael Ballweg bei seiner Rede den Leitspruch der Verschwörungsgemeinschaft "QAnon": "Where we go one, we go all."

Die Herausforderung der Demokratie, die sich bei den Protesten von "Querdenken 711" zeigt, ist bereits im Namen der Initiative angelegt: Die Protestierenden sehen sich im "epistemischen Widerstand".[10] Ihr entscheidendes Bindeglied ist die Selbstwahrnehmung, einer von Regierung und Medien unterdrückten Wahrheit ans Licht zu verhelfen. Die

Teilnehmenden verbindet weniger eine gemeinsame Kritik in der Sache als ein generalisiertes Misstrauen gegen politische Institutionen und Politiker\*innen in Regierungsverantwortung. Die Wahrnehmung von Regierenden und etablierten Medien als verschworene Elite, die es darauf anlegt, Kritik zum Schweigen zu bringen, gipfelte in der weit verbreiteten Gleichsetzung von den Corona-Maßnahmen und nationalsozialistischer Herrschaft. Dass eine große Mehrheit der Bevölkerung die politischen Entscheidungen in der Pandemie unterstützt und dass große Teile die Maßnahmen als nicht weitgehend genug werten, wird nicht als Irritation der eigenen Haltung verstanden, sondern als Erfolg eines auf Verblendung angelegten Systems. Die Protestierenden setzen nicht auf eine andere Zusammensetzung der Regierung oder auf institutionalisierte Verfahren, sondern auf den performativen Akt des gemeinsamen Protestes als Symbol des Widerstands. Das Politische wird reduziert auf ein Bekenntnis zur einen oder zur anderen Seite. Für die Abwägung widerstreitender Interessen bleibt kein Raum.

Zur Herausforderung für die Demokratie wird auch das neue Bündnis der Demonstrierenden. Der Anspruch, die Verfassung zu verteidigen, und die gemeinsame Aktion mit erklärten Gegner\*innen der Verfassung wird von den Protestierenden nicht als Widerspruch gesehen. Die Anwesenheit von Rechtsextremen und Hooligans wird abgestritten oder relativiert; als diese bei den Protesten in Leipzig am 7. November 2020 oder während der Bundestagssitzung zum Beschluss des Infektionsschutzgesetzes am 19. November die Polizei angriffen, erhielten sie Rückendeckung von den anderen Demonstrierenden. Damit markieren die "Querdenken"-Proteste nicht nur einen weiteren Schritt der Entgrenzung, die es der extremen Rechten erleichtert, sich als Bündnispartner und Repräsentant\*innen nicht gehörter Bürger\*innen zu gerieren. Die Selbstermächtigung zu Widerstandskämpfer\*innen gegen die "Corona-Diktatur" senkt auch die Schwelle zur Anwendung von Gewalt.

## Protest und Demokratie

Die Proteste in Stuttgart in den Jahren 2010 und 2020 haben die Demokratie auf verschiedenen Ebenen herausgefordert. In der Auseinandersetzung um das Projekt "Stuttgart 21" konkurrierten zwei Vorstellungen von Demokratie: Die eine betonte die Legitimität durch Verfahren und Planbarkeit durch die Anerkennung demokratischer Entscheidungen; die andere stellte die Beteiligung der Bürger\*innen in den Vordergrund, das Denken in Alternativen und die Möglichkeit zur Revision von Entscheidungen.

Im Konflikt um die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie fällt es schwer, die Konfliktlinien adäquat zu beschreiben. In den Protesten vermischt sich nachvollziehbare Kritik an der Einschränkung von Grundrechten und an der Entmachtung der Parlamente mit dem Verschwörungsglauben an eine sinistre Allianz der Eliten aus Politik, Medien und Wirtschaft. Auch personell verschwimmen die Grenzen zwischen unzufriedenen, gerade erst politisierten Bürger\*innen auf der einen Seite und organisierten Rechtsextremen auf der anderen Seite. In dieser Vermischung besteht die erste Herausforderung der Demokratie. Die zweite Herausforderung ergibt sich aus der Haltung des "epistemischen Widerstands": Wenn der Kitt des Protestes darin besteht, eine Wahrheit aufzudecken, die andere noch nicht erkannt haben, dann gibt es keine gemeinsame Diskussionsgrundlage. Zuspitzungen und Feinderklärungen liegen nah. Die ablehnende Reaktion von Regierenden, Journalist\*innen und Gegendemonstrant\*innen ist Teil dieser Dynamik, insofern sie den Effekt der Abschottung nach Außen verstärken.

In den zehn Jahren, die zwischen den Protesten gegen "Stuttgart 21" und gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie liegen, hat sich die Protestlandschaft in Deutschland stark verändert. Die selbstbewussten Proteste der Tiefbahnhofgegner\*innen gaben Protesten an anderen Orten Aufschwung, die sich gegen geplante

Infrastrukturmaßnahmen zur Wehr setzten. Sie haben dazu geführt, dass sich der Kreis derer, die Protest als Mittel der politischen Artikulation nutzen, erweiterte. Zur gleichen Zeit führten eine strategische Neuorientierung der extremen Rechten und die Verbreitung sozialer Medien zu einer neuen sozialen Bewegung von rechts.[11] NPD und Kameradschaften rückten von Protesten mit positivem Bezug auf den Nationalsozialismus ab und widmeten sich anschlussfähigen Themen wie der Unterbringung von Asylsuchenden, ohne sichtbar als organisierte Rechte aufzutreten. Kurz nachdem "Stuttgart 21" vom Radar bundesweiter Medien verschwand, entwickelte sich mit dem Etikett "Pegida" eine neue Protestwelle, in der gesellschaftlich weit verbreitete und in der Meinungsforschung seit Jahren vermessene Ressentiments auf der Straße sichtbar wurden. Auch diese Proteste bauten nicht auf den Netzwerken von Organisationen auf, sondern sie schöpften ein in erster Linie über Facebook-Gruppen aufgebautes Unbehagen ab. Auch hier mischte sich in konspirative Erzählungen von der "Umvolkung" eine pauschale Elitenkritik mit der Imagination eines Angriffs auf die eigene Gruppe. Ein Plakat bei den "Pegida"-Protesten brachte diese Haltung auf die Formel "BRD = Diktatur". Auch hier waren Beobachter\*innen verwirrt von der Vielstimmigkeit der Protestmotive und der bunten Mischung der Teilnehmenden. Weder die Deutungsmuster noch die Organisationsform der "Querdenker"-Proteste sind neu, mit ihnen hat sich allerdings der Furor der Fundamentalopposition und die Akzeptanz der extremen Rechten als Bündnispartner auf neue Milieus ausgebreitet: Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen sprechen eher als etwa "Pegida" Frauen an, eher die obere Mittelschicht und eher Westdeutsche. Anders als dort gibt es bei den "Querdenken"-Protesten allerdings keinen rassistischen Konsens, und die AfD wird nur von einem Teil der Teilnehmenden als Repräsentantin ihrer Interessen wahrgenommen.[12] Dieser Komplexität gerecht zu werden, ist eine andere Herausforderung der jüngsten Proteste.

## Fußnoten

1. Vgl. Annette Ohme-Reinicke, Das große Unbehagen. Die Protestbewegung gegen "Stuttgart 21": Aufbruch zu neuem bürgerlichen Selbstbewusstsein?, Stuttgart 2012; Julia von Staden, Stuttgart 21 – eine Rekonstruktion der Proteste. Soziale Bewegungen in Zeiten der Postdemokratie, Bielefeld 2020.
2. Vgl. Britta Baumgarten/Dieter Rucht, Die Protestierenden gegen "Stuttgart 21" – einzigartig oder typisch?, in: Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster (Hrsg.), Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, Wiesbaden 2012, S. 97–125, hier S. 98.
3. Vgl. ebd.
4. Winfried Thaa, "Stuttgart 21" – Krise oder Repolitisierung der repräsentativen Demokratie?, in: Politische Vierteljahresschrift 1/2013, S. 1–20, hier S. 16.
5. Vgl. Ortwin Renn et al., Lessons learned aus Stuttgart 21. Bürgermitwirkung bei Planungs- und Bauprojekten, in: Spektrum der Mediation 42/2011, S. 4–11.
6. Vgl. Roland Roth, Bürgermacht: eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg 2011.
7. Vgl. Andrzej Jarynowski/Alexander Semenov/Vitaly Belik, Protest Perspective Against COVID-19 Risk Mitigation Strategies on the German Internet, (<http://userpage.fu-berlin.de/~belik/files/JAR20f.pdf>).
8. Vgl. Carolin Amlinger, Über das Querdenken. Der epistemische Widerstand der Corona-Proteste in: Zeitschrift für Fantastikforschung 1/2020, S. 20–26.
9. Vgl. Oliver Nachtwey/Robert Schäfer/Nadine Frei, Politische Soziologie der Corona-Proteste, Basel 2020, (<https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>).
10. Vgl. Amlinger (Anm. 8).
11. Vgl. Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.), Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste – Abstieg der Mitte – Ressentiments. Eine Flugschrift, Hamburg 2016.

12. Nachtwey/Schäfer/Frei (Anm. 9), S. 10.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)  
Autor: Simon Teune für bpb.de

### Online-URL

<http://www.bpb.de/apuz/stuttgart-2021/326245/protest-in-stuttgart-2010-und-2020-zwei-herausforderungen-der-demokratie>

## Impressum

Diensteanbieter  
gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn  
[redaktion@bpb.de](mailto:redaktion@bpb.de)